

(Hoover Institution) und der israelischen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem, sind verblüffend einfach: Wer genau hat die Sowjetsoldaten wo, wie und warum begrüßt? Welche Bevölkerungsanteile hatten welchen Grund zur Freude? Und hat sich die anfängliche Freude eines kleinen – und nicht nur jüdischen – Teils der Bevölkerung gehalten bzw. ausgezahlt? Die Juden stellten, gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil, den größten Teil der nach Sibirien verschleppten Bewohner dieser ehemals polnischen Gebiete; daß sich die Verschleppung für viele als lebensrettend erwies, konnte 1939 noch niemand voraussehen.

Die letzte Frage leitet über zum dritten Essay – „Lohn der Angst“ – und dem gängigen Klischee über die Installierung des kommunistischen Regimes 1944/1945 in Polen mit Hilfe „der Juden“, da sie zugleich dessen größte Nutznießer gewesen seien. Die auf rationalen und irrationalen Ursachen begründete Angst der überlebenden Juden im Nachkriegspolen führte in erster Linie zu einer verstärkten Auswanderung, nicht aber zu einer zahlenmäßig belegbaren Durchdringung des neuen Machtapparats. Ausgerichtet an einigen wenigen sichtbaren Leitfiguren der Anfangsjahre kommunistischer Herrschaft und vor allem basierend auf dem längst verinnerlichten Stereotyp der *żydokomuna* – des Bildes vom Juden, der zugleich Kommunist ist –, lebt auch dieses Stereotyp bis heute fort und muß in den betreffenden Kreisen zur Legitimierung antisemitischer Strömungen in Vergangenheit und Gegenwart erhalten.

Hofheim/Taunus

Viktoria Pollmann

Andrzej Kaluza: Der polnische Parteistaat und seine politischen Gegner 1944–1956.

(Ius commune. Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Europäische Rechtsgeschichte. Sonderhefte Studien zur Europäischen Rechtsgeschichte, Bd. 110.) Vittorio Klostermann-Verlag. Frankfurt/Main 1998. XVI, 353 S. (DM 118,—.)

Padraic Kenney: Rebuilding Poland. Workers and Communists 1945–1950. Cornell University Press. Ithaca, London 1997. 360 S., Abb., 9 Grafiken (\$ 39.95.)

Wojciech Mazowiecki: Pierwsze starcie. Wydarzenia 3 maja 1946. [Der erste Zusammenstoß. Die Ereignisse des 3. Mai 1946.] Wydawnictwo Naukowe PWN. Warszawa 1998. 348 S., Abb., Ktn., Faksimiles.

Seit dem Ende der Volksrepublik Polen und der partiellen Öffnung der Archive ist es inner- und außerhalb des Landes zu einer neuen, intensivierten Auseinandersetzung mit den Anfängen des sozialistischen Regimes gekommen. Aus der beachtlichen Zahl einschlägiger Neuerscheinungen, bei denen es sich neben wichtigen Quelleneditionen noch zumeist um Detailstudien handelt, sollen hier drei vorgestellt werden.

Die im Rahmen des Forschungsprojektes „Normdurchsetzung in osteuropäischen Nachkriegsgesellschaften“ des Frankfurter Max-Planck-Instituts für Europäische Rechtsgeschichte entstandene Dissertation Andrzej Kaluzas untersucht auf archivalischer Grundlage die von den neuen Machthabern seit 1944 angewandten Methoden und Techniken der Durchsetzung einer neuen politischen Ordnung. Der Vf. deutet die ‚Sowjetisierung‘ der polnischen Gesellschaft als einen gewaltförmigen, von außen kontrollierten Prozeß der Oktroyierung eines fremden Systems. Er analysiert diesen Vorgang detailliert und spannend zuerst anhand der Politik der kommunistischen Machthaber gegenüber ‚gegnerischen‘ politischen Akteuren, wie sie zunächst noch in anderen politischen Parteien, im militärischen Untergrund, in der Kirche und in der ‚rechtsnationalen Abweichung‘ innerhalb der polnischen kommunistischen Partei wirkten. Anschließend beschreibt er die machtpolitische Gleichschaltung und Unterordnung einzelner ausgewählter gesellschaftlicher Handlungsbereiche (Wirtschaft, Strafrecht und Strafprozeßordnung sowie Justiz), um schließlich in einem dritten Hauptteil die von den Kommunisten angewandten Strategien der ‚Gegnerdefinition‘ in der politischen

Sprache zu untersuchen. Im Ergebnis deutet K. die kommunistische Machtübernahme als einen von Anfang an zielgerichtet implementierten Prozeß, für den das Jahr 1948 und die damals erfolgte politische Isolierung Władysław Gomułkas keine entscheidende qualitative Zäsur darstellte. Die von den Kommunisten konsequent und kompromißlos verfolgte Machtsicherung und Machterweiterung sei seit 1944 auf die Zerstörung der zivilen Handlungskompetenz der polnischen Gesellschaft ausgerichtet gewesen. Die systematische Instrumentalisierung sämtlicher gesellschaftlicher Handlungsbereiche und die Bekämpfung der politischen Gegner zerstörten nicht nur die Eigenlogik und Rationalität der Wirtschaft, sondern auch die tradierten Kommunikationszusammenhänge, die Normativität des Rechts und die überkommenen Werte. Damit aber seien sehr rasch jene politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Macht-Alternativen ins Abseits gedrängt worden, die es nach Ansicht mancher Zeithistoriker – etwa in Gestalt von Gomułka's „polnischem Weg“ zum Sozialismus – bis 1948 noch gegeben habe.

Deutet Kaluza die Errichtung kommunistischer Herrschaft hauptsächlich als einen von außen initiierten machtpolitischen Vorgang, dem die polnische Gesellschaft hilflos zum Opfer fiel, so richtet der amerikanische Zeithistoriker Padraic Kenney sein Augenmerk vor allem auf die aktiven Reaktionen der polnischen Gesellschaft. Ihn interessieren insbesondere die Erwartungen und Hoffnungen, die seitens der polnischen Arbeiter mit den seit 1944/45 diskutierten und implementierten gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Veränderungen verbunden wurden.

In seiner ausgesprochen innovativen, vollkommen aus unerschlossenen Quellen erarbeiteten Studie untersucht K. die Erfahrungen, die Arbeiter in den Jahren 1945 bis 1950 in den Industriezentren Łódź und Breslau/Wrocław gemacht haben. Die beiden Beispiele stehen dabei für ihn zum einen für das traditionelle Polen der Vergangenheit, zum anderen für die scheinbar voraussetzungslose Zukunft im neugewonnenen polnischen „Wilden Westen“. Angesichts der aus solchen sehr verschiedenen sozialgeschichtlichen Voraussetzungen resultierenden Spanne von Erfahrungen und Verhaltensweisen glaubt K., seine an den beiden Fallbeispielen gewonnenen Einsichten auf ganz Polen übertragen zu können. Mag man hier im Gegensatz zum Vf. auch etwas größere Zurückhaltung für angebracht halten, so erscheinen die in minutiöser Analyse der Breslauer und Łódzger Verhältnisse zu Tage geförderten Einblicke dennoch bemerkenswert. Denn anders als Kaluza kann Kenney in seiner mit dem *Orbis Polish Book Prize* der American Association for the Advancement of Slavic Studies ausgezeichneten Studie zumindest für seine Untersuchungsbeispiele die Errichtung des neuen politischen Systems auch als soziale Revolution „von unten“ erweisen, in der die Arbeiter keineswegs hilflose Opfer eines allmächtigen Staates und einer teuflischen Ideologie waren, sondern als durchaus einflussreiche Gestalter ihres eigenen Schicksals erscheinen, die in der Lage waren, das sich ausbildende System zu ihrem eigenen Vorteil zu beeinflussen und seine übelsten Auswüchse abzumildern. Erst 1949 hat nach K. eine Welle landesweiter, systematischer Repression eingesetzt, mit der das stalinistische Regime dann bis 1950 endgültig installiert worden sei. Die Inhalte der „neuen Gesellschaft“ aber seien sowohl vom stalinistischen Regime als von den Arbeitern selbst in einem Prozeß des Aushandelns geschaffen worden.

K. betont den Willen und die Fähigkeit der polnischen Arbeiter, sich mit Streiks, Arbeitsplatzwechsel, Diebstahl u. ä. Verhaltensweisen staatlichen Eingriffen zu widersetzen, die Politik des Regimes den eigenen Vorstellungen zu adaptieren und sich insgesamt mit dem Wandel zu arrangieren, vielleicht etwas zu idealisierend. Doch macht er insgesamt überzeugend deutlich, daß die Etablierung kommunistischer Herrschaft in Polen ein weitaus komplexerer Vorgang war, als dies Modelle suggerieren, die sich einer wieder belebten Totalitarismus-Theorie verpflichtet fühlen und die den Systemwechsel als eine bloße stringente, gradlinige und von außen inszenierte Machtübernahme beschreiben.

Wie unsicher die neuen Machthaber und wie unklar ihre Strategien etwa noch 1946 waren, läßt sich der aufschlußreichen Studie Wojciech Mazowieckis entnehmen. Die Arbeit geht auf eine bereits in den 1980er Jahren bei Jerzy Holzer verfaßte, 1989 zunächst im Pariser Exilverlag Libella erschienene Magisterarbeit zurück, die nach Öffnung der Archive auf eine breitere Quellengrundlage gestellt und nun in überarbeiteter Fassung vorgelegt wurde. M. beschreibt eingehend das Dilemma der Kommunisten, vor welches diese angesichts der beiden wichtigen Mai-Feiertage gestellt waren. Stand der 1. Mai für die Traditionen und Aspirationen der Arbeiterbewegung und damit für den sozialistischen Umbau der Gesellschaft, so symbolisierte der 3. Mai die Traditionen und Hoffnungen der unabhängigen Republik und damit die Erneuerung der nationalen Eigenständigkeit. Der Umgang mit den beiden Feiertagen mußte also zwangsläufig politische Implikationen haben. Dennoch gingen die neuen Machthaber, nachdem sie dem Problem 1945 noch kaum Aufmerksamkeit geschenkt hatten, auch 1946 die Frage, wie mit dem 3. Mai umgegangen werden solle, zunächst sehr zögerlich und ambivalent an. Die Vorbereitungen von Partei und Sicherheitsapparat auf den 3. Mai 1946 blieben lange unentschieden und führten erst in letzter Minute zu einer Entscheidung gegen eine feierliche Begehung, ohne daß dies jedoch allgemein bekannt gemacht worden wäre. So kam es an diesem 3. Mai 1946 gegen den Willen der Machthaber an vielen Orten zu Manifestationen, in denen sich die wirklichen Vorstellungen und Wünsche der polnischen Gesellschaft artikulierten. M. beschreibt diese vor allem von Schülern und Studierenden getragenen Demonstrationen (am ausführlichsten für Krakau) als einen Stimmungstest, der für die neuen Machthaber insgesamt negativ ausfiel. Ihre Reaktion war dementsprechend von großer Nervosität und Brutalität gekennzeichnet und provozierte ihrerseits wiederum massive Gegenmanifestationen (u. a. Streiks). Aus diesem „ersten Zusammenstoß“ zwischen Gesellschaft und neuem Regime haben Partei und Sicherheitsorgane, so der Vf., freilich schnell gelernt: Nicht nur schafften die neuen Machthaber den 3. Mai als staatlichen Feiertag ab, sondern sie legten der Gesellschaft fortan auch zunehmend enger gezogene Fesseln an.

Marburg/Lahn

Eduard Mühle

Peter Tokarski: Die Wahl wirtschaftspolitischer Strategien in Polen nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1959. (Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung, 4.) Verlag Herder-Institut. Marburg 1999. 360 S. (DM 85, —.)

P. Tokarski beschäftigt sich mit den wirtschaftspolitischen Strategien, die in Polen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zur Überwindung der ökonomischen Rückständigkeit des Landes ausgearbeitet wurden. Der Vf. untersucht im Gegensatz zu der von ihm umfassend rezipierten polnischen Literatur weniger die Ursachen für die zahlreichen wirtschaftlichen Krisen im Nachkriegspolen und die jeweils daran anschließenden mehr oder weniger konsequenten Reformbemühungen. Ihm geht es vielmehr um die Darstellung und Genese der jeweiligen wirtschaftlichen Strategien sowie um ihre Überprüfung an der ökonomischen Realität des Landes. Die Untersuchung umspannt die Jahre von 1944 bis 1959. Diesen Zeitabschnitt gliedert der Vf. in zwei Phasen. Für die erste Phase (1944–1953) konstatiert er zunächst eine relativ offene Diskussion um die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik im neuen polnischen Staat. Eindringlich widerlegt er jedoch die These, daß es bis etwa zum Jahr 1948 einen „polnischen Weg zum Sozialismus“ gegeben habe. Er zeigt auf, daß die Zugeständnisse der polnischen Kommunisten lediglich ihrer einstweiligen politischen Schwäche geschuldet waren; ihre Intention, in Polen eine Wirtschaftsordnung nach sowjetischem Vorbild einzuführen, stand jedoch seit Kriegsende fest. Je mehr sich die Machtposition der kommunistischen PPR (Polska Partia Robotnicza, Polnische Arbeiterpartei) konsolidierte, desto weniger war deren